



Prof. Dr. Christopher Clapham war bis kürzlich Herausgeber von *The Journal of Modern African Studies*, das am Centre of African Studies der Universität Cambridge erscheint. Er lehrte als Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Lancaster in Großbritannien.

## VON DER BEFREIUNGS- BEWEGUNG ZUR REGIERUNG

### ALTLASTEN UND HERAUSFORDERUNGEN DES MACHTÜBERGANGS IN AFRIKA

*Christopher Clapham*

Befreiung bedeutet Kampf. In ganz Afrika, in der ganzen Welt gibt es Bewegungen, die mit Mut und oft unter großen Opfern einen langen und schwierigen Kampf geführt haben, um ihr Volk und ihr Land von repressiven Regimes zu befreien, ob nun von fremden Kolonialisten (wie im Falle Algeriens oder der früheren portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mosambik), von heimischen Diktatoren bzw. Oligarchen (wie im Falle des Kampfes des ANC in Südafrika, der RPF in Ruanda oder der EPRDF in Äthiopien) oder von Regierungen, die ihren festen Sitz an einem Ort des Staatsgebiets hatten, von dem aus sie die Kontrolle über andere Regionen ausüben wollten, die sich selbst als unabhängig betrachteten und das Recht auf ein eigenes Staatswesen einforderten (wie in Eritrea und Südsudan). Diese Kämpfe waren von sehr unterschiedlicher Dauer und Intensität, der vermutlich extremste und kostspieligste war der 30-jährige Unabhängigkeitskrieg in Eritrea, während am anderen Ende des Spektrums Beispiele wie die Convention People's Party von Kwame Nkrumah in Ghana anzusiedeln sind, die alleine mit friedlichen Mitteln zur Unabhängigkeit gelangte, sich jedoch in wesentlichen Punkten als Befreiungsbewegung betrachtet. Allerdings spielen das Bewusstsein und die Erfahrung des Kampfes in allen Fällen eine wesentliche Rolle.

Nach Erlangung der Freiheit und Übernahme der Regierungsgewalt durch die ehemalige Befreiungsbewegung wurde die Erfahrung des Kampfes üblicherweise als außerordentlich positives Vermächtnis für den neuen Staat und das ihn regierende Regime angesehen. Je schwerer der

Kampf, desto größer die Vergünstigungen, die der neuen Regierung eingeräumt werden, insbesondere im Vergleich zu solchen Nachfolgeregimes, denen nicht selten in abfälliger Weise nachgesagt wird, dass sie ihre Unabhängigkeit „auf dem Silbertablett“ serviert bekommen haben. Zunächst einmal leiten die siegreichen Bewegungen aus ihrem Kampf einen starken Legitimitätsanspruch ab: Sie sind diejenigen, die dazu bereit waren, ihr Leben für die gute Sache aufs Spiel zu setzen und nun an der Macht sind, im Gedenken an die Mitstreiter, die diese Machtergreifung durch den Einsatz ihres Lebens erst möglich gemacht haben. Sie haben die Unabhängigkeit errungen und damit auch das Recht, die neue Regierung zu stellen. Sie bringen darüber hinaus die Ideale in die Regierung ein, auf denen der eigentliche Kampf beruhte. Der Kampf erfordert von denjenigen, die ihn führen, sowohl Zielstrebigkeit und Engagement als auch die erforderliche Disziplin, den Zusammenhalt auch in Zeiten großer Anspannung zu wahren. Da Befreiungsbewegungen ihre Organisation von Grund auf neu formieren müssen, um mit mächtigen und hierarchisch organisierten Staaten konkurrieren zu können, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie sich auf ihre Wurzeln besinnen, um ihre Kämpfer zu rekrutieren und die Unterstützung des einfachen Volks zu gewinnen, für das sie in den Kampf ziehen. Mit der Zeit geht die Unmittelbarkeit des Kampfes verloren, doch die Erinnerung daran und die um diese herum entstehenden Mythen fungieren als Fundament für Staat und Regierung und als Inspirationsquelle für künftige Generationen. All dies sind deutliche Vorteile, die nicht außer Acht gelassen werden können.

**Die siegreichen Bewegungen leiten aus ihrem Kampf einen starken Legitimitätsanspruch ab: Sie sind diejenigen, die dazu bereit waren, ihr Leben für die gute Sache aufs Spiel zu setzen.**

Dennoch hatten fast alle Befreiungsbewegungen beträchtliche Schwierigkeiten damit, den Übergang vom Kampf zur Regierung zu vollziehen. Das vermehrte Auftreten dieses Phänomens in Afrika war Anlass für einen internationalen Dialog zwischen führenden Kampfveteranen, politischen Entscheidern und Experten Anfang Oktober 2012.<sup>1</sup> Im

1 | Der Dialog unter dem Titel „Von der Befreiungsbewegung zur Regierung: Altlasten und Herausforderungen des Machtübergangs in Afrika“ wurde gemeinsam von der Brenthurst Foundation und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Das vorliegende Papier ist eine persönliche Zusammenfassung der Diskussionen im Rahmen eines Workshops mit ▶

vergangenen Jahr feierte der südafrikanische Afrikanische Nationalkongress (ANC) sein 100-jähriges Bestehen. Der Kampf, den der ANC in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gegen das Apartheid-Regime führte, gehört zu den weltweit bekanntesten und meistbewunderten Befreiungsbewegungen. Doch auch wenn der ANC nun 100 Jahre alt ist, sieht er sich hinsichtlich seiner Staatsführung – sowohl im In- als auch im Ausland – einer Welle der Kritik ausgesetzt. Einige der gewichtigsten Stimmen des Landes führen sein Versagen auf die Unfähigkeit zurück, die alt-hergebrachte „Befreiungspolitik“ und Kampfmentalität zu überwinden und in die Zukunft zu schauen.<sup>2</sup>

Erfahrungen aus Südafrika und anderen afrikanischen Staaten legen nahe, dass nach dem Abklingen der unmittelbaren Befreiungseuphorie charakteristische Probleme auftauchen, die ihren Ursprung in den Befreiungsbewegungen selbst finden. Nur wenige dieser Bewegungen konnten tatsächlich die Erwartungen erfüllen, die den Grund für den Kampf darstellten: Frieden, Demokratie, Teilhabe an einer solidarischen Volksgemeinschaft, die für das Wohlergehen ihrer Mitglieder sorgt. Sobald die Probleme zunehmen, fällt es allzu leicht, die Erinnerung an den Kampf weniger als Vermächtnis denn als Altlast zu betrachten und mit Neid auf diejenigen Länder zu blicken, deren Übergang zur Demokratie friedlich und unter Wahrung der Kontinuität erreicht werden konnte.

verschiedenen Teilnehmern, darunter führenden Persönlichkeiten aus Befreiungsbewegungen ihrer jeweiligen Länder, anderen Beobachtern aus diesen Ländern sowie externen Forschern und Kommentatoren. Gemäß den Regeln für offene und kritische Analyse können die Beiträge der einzelnen Beteiligten nicht namentlich kenntlich gemacht werden und ich kann mich entsprechend nun von ganzem Herzen für die zahlreichen Erkenntnisse bedanken, die ich daraus gewonnen und in vorliegendem Papier verarbeitet habe. Entsprechend muss ich auch die Bedeutung der Beiträge würdigen, die nicht unmittelbaren Eingang in dieses Papier gefunden haben bzw. möglicherweise sogar von den darin vorgestellten Sichtweisen abweichen, die aber keine Berücksichtigung fanden, um einen mehr oder weniger durchgehenden roten Faden durch ein sehr komplexes und weitreichendes Thema ziehen zu können. Die Teilnahme an der Diskussion war eine äußerst bereichernde Erfahrung, und ich kann nur hoffen, dass diese zwangsläufig verallgemeinernde Zusammenfassung von Nutzen sein wird, vor allem für diejenigen, die sich selbst vergleichbaren Herausforderungen gegenüber sehen wie denen, die wir an dieser Stelle erörtert haben.

2 | Vgl. Mamphela Ramphele, „Drop Struggle Politics“, *The Sunday Times* (South Africa), 23.09.2012.

Die Probleme der Befreiung sind vor allem struktureller Natur. Sie wurzeln in der Erfahrung des Kampfes und sind so gut wie allen Bewegungen dieser Art gemein. Die Erfahrung des Kampfes ist für die meisten Beteiligten etwas so Intensives und Einmaliges, dass man leicht davon ausgehen könnte, dass die bei der Befreiung auftretenden Schwierigkeiten etwas mit den Besonderheiten der jeweiligen Organisation zu tun haben: mit ihrer Geschichte, mit der territorialen Beschaffenheit des Landes oder sogar mit den Charakteren der einzelnen Anführer und ihren Beziehungen untereinander. Gewiss hat jede Bewegung ihre eigenen, unverwechselbaren Charakteristika und entsprechend muss von einer gewissen Bandbreite unterschiedlicher Merkmale ausgegangen werden. Dennoch sind die Parallelen verblüffend, die sich auf dem afrikanischen Kontinent und weit darüber hinaus immer wieder feststellen lassen. Diese Parallelen sollten nicht dazu verleiten, sich einem Gefühl der Hilflosigkeit hinzugeben, sondern vielmehr als Anregung dienen, aus dem Umgang der verschiedenen Bewegungen mit diesen Problemen zu lernen. Es wäre falsch, anzunehmen, dass diese Probleme so zwangsläufig seien, dass man nichts dagegen tun könne.

**Jede Bewegung hat ihre eigenen, unverwechselbaren Charakteristika. Dennoch sind die Parallelen verblüffend, die sich auf dem afrikanischen Kontinent und weit darüber hinaus immer wieder feststellen lassen.**

## **DAS ERBE DER BEFREIUNG**

Befreiungskämpfe entstehen unter sehr unterschiedlichen Umständen und nehmen sehr unterschiedliche Gestalt an. Eine wesentliche Gemeinsamkeit liegt jedoch in den Mentalitäten derjenigen, die durch Kampf zur Macht gelangt sind. Das Vermächtnis des Kampfes in menschlicher Hinsicht lässt sich nicht nur erstaunlich schwierig fassen – Warum sind Menschen einer bestimmten Meinung und nicht einer anderen, und warum sind sie nicht dazu zu bewegen, anders und in einer „konstruktiveren“ Art und Weise zu denken? –, sondern ist auch extrem schwierig zu verändern. Die Beteiligung am Kampf ist für viele eine Erfahrung, die ihr Leben nachhaltig prägt. Sie verändert den Menschen und seine Denkweise. Auch wenn der Kampf schon viele Jahre zurückliegt und einige der Teilnehmer längst führende Positionen in der Regierung bekleiden, bleibt die Erinnerung daran in den Köpfen der ehemaligen Kämpfer erstaunlich lebendig. Damit geht die tief sitzende

Überzeugung einher, dass für eine gute Sache gekämpft wurde und die Überlebenden das Recht und die Pflicht haben, die Macht langfristig auszuüben, um die mit dem Kampf verfolgten Ziele zu verwirklichen. Im Falle erbitterter und langwieriger Befreiungskriege tragen die Überlebenden die Erinnerung an ihre gefallenen Kameraden stets in sich und fühlen sich verpflichtet, sie nicht zu verraten. Meles Zenawi zum Beispiel, der kürzlich verstorbene Premierminister von Äthiopien, hieß eigentlich Legesse Zenawi. Den Namen Meles nahm er an, um die Erinnerung an einen der Gründer der Volksbefreiungsfront von Tigray aufrecht zu erhalten, der in einer frühen Phase des Kampfes sein Leben ließ. Was für andere ein bloßer Name war, sollte ihn immer wieder an die menschlichen Opfer erinnern, die für den Sieg gebracht worden waren.



Meles Zenawi: Der verstorbene Präsident Äthiopiens hatte den Vornamen eines verstorbenen Mitkämpfers der Befreiungsbewegung angenommen. | Quelle: Utenriksdept / flickr (CC BY-ND).

Vor allem Führungspersonlichkeiten sind sehr daran interessiert, ihre Bewegung zum endgültigen Sieg zu führen. Sie sind nicht nur von der Richtigkeit der von ihnen vertretenen Sache überzeugt, sondern auch von ihrem Anrecht darauf, in der Folge die Macht an sich zu nehmen. Macht ist für sie nicht einfach das Ergebnis eines Wahlgangs, das durch spätere Wahlen wieder rückgängig gemacht werden kann, und erst recht nicht das eines Staatstreichs, sondern

sie wird als Erfüllung einer Lebensaufgabe begriffen. Es ist für diese Menschen sehr schwierig anzuerkennen, dass jemand anderes das gleiche Recht auf Machtausübung haben könnte, da – in der Auffassung der ehemaligen Kämpfer – das Engagement in der Bewegung ihnen ein dauerhaftes Anrecht auf die Staatsmacht verleiht. Diejenigen, die sich nicht an dem Kampf beteiligt haben, einschließlich derer, die dafür noch zu jung waren, haben sich hinter den Veteranen anzustellen.

Dieser Anspruch stellt alternative Machtansprüche leicht in den Schatten. Die Mitglieder der Bewegung gehen davon aus, dass ihnen die Unterstützung des Volks, die ihnen aufgrund des Befreiungsversprechens zuteil wurde, eine dauerhafte und bedingungslose Zuneigung sichert, und dass Politiker, die ihre Leistung im Amt in Frage stellen, folglich keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung besitzen und mit allen von staatlicher Seite zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden müssen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Konsequenzen des Kampfes sehr viel zweischneidiger sind, als die siegreich daraus hervorgegangenen Personen denken mögen.

**Ein weit verbreitetes Problem aufgrund der kolonial bedingten Grenzziehungen in Afrika besteht darin, dass „nationale Befreiungskriege“ oft in Ländern stattfinden, die eigentlich keine Nationalstaaten sind.**

Ein weit verbreitetes Problem – aufgrund der kolonial bedingten, willkürlichen Grenzziehungen in Afrika weitgehend unvermeidbar dazu – besteht darin, dass „nationale Befreiungskriege“ oft in Ländern stattfinden, die eigentlich keine Nationalstaaten sind. Der Kampf an sich kann eine wichtige Rolle spielen, um ein unterdrücktes Volk gegen ein ehemaliges Unterdrückerregime zu einen und eine maßgebliche Rolle für die Konstruktion einer nationalen Identität spielen, doch der Sieg mag nicht selten auch auf Kosten im Kampf unterdrückter Dissidenten oder Gegner errungen worden sein, die nach der Befreiung schon bald wieder in Erscheinung treten.

Ein gemeinsames Merkmal von Befreiungskriegen ist das „Ringens um die Vorherrschaft der Bewegungen“, in dessen Verlauf oft brutale Kämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppierungen ausgetragen werden – wie zum Beispiel zwischen ZANU und ZAPU in Simbabwe, zwischen ELF und EPLF in Eritrea oder zwischen MPLA, FNLA und UNITA in Angola –, um zu bestimmen, wer sich im Falle eines Sieges als „wahrer“ Vertreter der nationalen Einheit präsentieren

kann, der die „spaltenden Kräfte“ innerhalb des Landes bezwingen konnte. Zuweilen gibt es abweichlerische Splittergruppen und rivalisierende Anführer innerhalb ein und derselben Organisation. Diese Rivalitäten spiegeln oft auch gewisse Gegensätze zwischen größeren Bevölkerungsgruppen wider, die zum Beispiel auf ethnischen oder religiösen Faktoren beruhen, sodass der Sieg der einen Gruppierung über die andere als Machtübernahme eines Bevölkerungsteils (und nicht unbedingt des zahlenmäßig größten) über den Rest interpretiert wird. Was in der Folge also von den Siegern als „nationale Befreiung“ dargestellt wird, wird unter Umständen von anderen Teilen der Bevölkerung gar nicht als solche empfunden.

**Eine der größten Stärken von Befreiungsbewegungen besteht darin, dass sie alleine mithilfe der vormals unterdrückten Bevölkerung ihre eigene Organisation aufbauen müssen. So erhalten die Kämpfer ihre Legitimität.**

Es gibt zudem beträchtliche Unterschiede innerhalb der Gesellschaften, in denen Befreiungskriege stattfinden, und entsprechend innerhalb der Bewegungen, die aus diesen Gesellschaften hervorgehen. Eine der größten Stärken von Befreiungsbewegungen besteht gewiss darin, dass sie alleine mithilfe der vormals unterdrückten Bevölkerung, aus der sie sich rekrutieren, ihre eigene Organisation aufbauen müssen. So erhalten die Kämpfer ihre Legitimität und knüpfen ihre sozialen Netzwerke, auf die sie sich während ihres Kampfes im Untergrund verlassen müssen. Doch die Unterstützung, die sie auf diese Weise erhalten, macht sie in gewisser Weise zwangsläufig von den entsprechenden Personen abhängig.

Es kann kein Zufall sein, dass die stärksten und effektivsten Befreiungsbewegungen in Afrika, die EPLF in Eritrea und die RPF in Ruanda, in Gesellschaften gegründet wurden, die auf eine lange Tradition der Staatsführung (so repressiv diese auch oft gewesen sein mag) mit allen damit verbundenen Werten und Einstellungen zurückblicken können. Bewegungen, die aus Viehzucht treibenden Gesellschaften mit historisch weitaus egalitäreren Kulturen und einer traditionellen Abneigung gegenüber festen Führungsstrukturen hervorgingen (hier lassen sich die verschiedenen somalischen Bewegungen gegen das repressive Regime von Mohamed Siyad Barre als besonders drastisches Beispiel anführen), übernehmen dagegen mit großer Wahrscheinlichkeit die anarchischen Traditionen ihrer Kämpfer.

Wenn eine Befreiungsbewegung an die Macht kommt, ist dies meist ein Moment außerordentlicher Katharsis. Wenn das alte Regime entmachtet ist und die ehemaligen Kämpfer die Staatsmacht übernehmen oder einen eigenen Staat errichten wollen, bringen sie zum Teil sehr unterschiedliche Fähigkeiten und Einstellungen mit ein. Weitere Unterschiede ergeben sich aus der Art und Weise, wie der Befreiungskrieg geführt wurde. In manchen Fällen – und auch hier ist die EPLF, wie so oft, als Extrembeispiel anzuführen – mussten die Kämpfer in fast völliger Isolation agieren, da sie in „befreiten Gebieten“ innerhalb ihres eigenen Territoriums eingeschlossen waren. Unter diesen Umständen entwickelten sie ein Selbstvertrauen und eine Reihe organisatorischer Mechanismen, die in vielerlei Hinsicht den Staat vorwegnahmen, den sie nach der Befreiung errichten wollten. In anderen wiederum – und hierfür bietet Namibia ein gutes Beispiel – wurde der Kampf in erster Linie von außen geführt, wobei die Anführer sich nicht innerhalb des Staatsgebiets befanden, nur wenige oder keine Gebiete bereits befreit waren und eine große Abhängigkeit von externen Unterstützern bestand. Anstatt mit einem im Ansatz vorhandenen eigenen Staatsgebilde die Macht übernehmen zu können, werden diese Bewegungen nach ihrer Rückkehr aus dem Exil mehr oder weniger unvermittelt ins Amt gehievt und mussten sich mit den dann vorgefundenen staatlichen Strukturen arrangieren. Dies allerdings lenkt die Aufmerksamkeit auf einen entscheidenden Unterschied, der an späterer Stelle noch ausführlicher behandelt werden soll: den zwischen Bewegungen, die aufgrund eines umfassenden Militärsiegs an die Macht gelangen, und denen, die die Machtübergabe mit dem Vorgängerregime aushandeln können (oder müssen).

**Ein entscheidender Unterschied besteht zwischen Bewegungen, die aufgrund eines umfassenden Militärsiegs an die Macht gelangen, und denen, die die Machtübergabe mit dem Vorgängerregime aushandeln können.**

## **DIE UNMITTELBAREN HERAUSFORDERUNGEN DER STAATSFÜHRUNG**

Ob nun Kampftruppen aus der Provinz in Sandalen die Hauptstadt einnehmen, während die gedemütigten Überreste der alten Regierung fliehen oder sich ergeben, oder ob eine formelle Machtübergabe im Vorfeld einer Verhandlungslösung und Gründungswahl stattfindet – wenn Befreiungsbewegungen an die Macht kommen, liegt eine gewisse

Unwiderruflichkeit in der Luft. Die kriegsmüde Bevölkerung ist im Allgemeinen froh darüber, dass der lange Konflikt ein Ende hat und – so groß die Bedenken gegenüber der siegreichen Partei auch gewesen sein mögen, als der Krieg noch nicht entschieden war – dass nun endlich eine stabile und dauerhafte Regierung an der Macht ist, mit der man sich arrangieren kann. Wenn der Krieg gegen ein unrechtmäßiges, repressives und fremdes Regime geführt wurde, genießt die Bewegung auch eine gewisse Legitimierung, die ihren Vorgängern fehlte. Es gibt deutliche Vorteile, die der Bewegung die erforderliche Gestaltungsfreiheit geben, ihre Vorstellung von einem funktionierenden Staatswesen langfristig umzusetzen.



Der simbabwische Diktator Robert Mugabe: „In den Denkmustern des Befreiungskrieges verhaftet“. | Quelle: Al-Jazeera / flickr (CC BY-SA).

Gleichzeitig gibt es aber auch unmittelbare Herausforderungen. Der Krieg hat unter Umständen zu massiven Problemen mit einer entwurzelten Bevölkerung geführt, nicht zuletzt unter Jugendlichen, die ihrem vertrauten Umfeld entrissen und zu einem Leben mit der Waffe erzogen wurden. In Ländern wie Liberia, Sierra Leone und Somalia stellen sie eine außerordentliche Gefahr für die öffentliche Ordnung dar. Die eigenen Kämpfer des neuen Regimes müssen wieder in ein neues, friedliches Leben eingegliedert werden, Flüchtlinge müssen in ihre (oft durch Kämpfe verwüsteten) Heimatdörfer und in ein normales Leben zurückkehren, Landminen müssen geräumt und Kommunikationswege wiedereröffnet werden. Den Gewinnern bleibt nur wenig Gelegenheit, sich zurückzulehnen und die

Früchte ihres Siegs zu genießen. Es gibt auch politische Aufgaben zu bewältigen, vor allem diejenige, im Anschluss an den Konflikt ein Gefühl der nationalen Versöhnung zu erzeugen.

Einige Befreiungsbewegungen – mit Nelson Mandela in Südafrika als herausragendem Beispiel – hatten außerordentliches Glück mit ihren Anführern, die instinktiv über ihre ursprüngliche Anhängerschaft hinaus ein Gespür für die neue Nation entwickelten. Andere – wie Yoweri Museveni in Uganda oder Meles Zenawi in Äthiopien – etablierten ganz bewusst neue politische Strukturen, mit denen die Legitimation des neuen Regimes über die begrenzten Landesteile hinaus ausgedehnt werden konnte, in denen die Kämpfe stattgefunden hatten, und schufen so die Grundlage für eine neue Verfassungsordnung. Diese Aufgabe erfordert eine permanente Bestätigung und Erneuerung, doch unmittelbar nach der Machtübernahme ist ihre kreative Umsetzung von größter Wichtigkeit. Andere Führer wiederum, wie Robert Mugabe in Simbabwe, bleiben den alten Denkmustern des Befreiungskriegs verhaftet, was tragische Konsequenzen haben kann. Zu einem solch kritischen Zeitpunkt sind es oft die individuellen Führungsqualitäten, die den Unterschied ausmachen.

Sobald die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt, ergeben sich in der Übergangsphase weitere und durchaus nachvollziehbare Schwierigkeiten, die auf der simplen Tatsache beruhen, dass Befreiungskampf und Regierung zwei völlig unterschiedliche Dinge sind. Es ist schlicht ein Irrtum, dass die Bewegung als mächtige Allzweckwaffe einsetzbar ist und von einem Zweck auf einen anderen umgerüstet werden kann und so nicht nur in der Lage ist, den Kampf gegen Unterdrückung, sondern auch den anschließenden Kampf gegen Armut, Bildungsmangel und Krankheiten zu gewinnen. Einen Krieg zu führen bedeutet, ein einziges und klar erkennbares Ziel zu verfolgen – den Sieg, dem alles andere unterzuordnen ist. Dies erfordert im Gegenzug eine gemeinsame Vision und verlangt von den Kämpfern absoluten Einsatz, von der Führung dagegen eine von oben nach unten hierarchisch klar gegliederte Befehls- und Kontrollstruktur. Eine Regierung zu führen funktioniert völlig anders. Hier gibt es verschiedene Ziele,

**Einen Krieg zu führen bedeutet, ein einziges und klar erkennbares Ziel zu verfolgen – den Sieg, dem alles andere unterzuordnen ist. Eine Regierung zu führen funktioniert völlig anders.**

die häufig zueinander im Widerspruch stehen und die so komplexe Vorgehensweisen wie Agenda-Setting und Priorisierung erfordern. Dabei prallen unterschiedliche Interessengruppen aufeinander, die alle ein Wörtchen bei der Gestaltung der Regierungspolitik mitreden möchten – gleich ob sie diesen Anspruch aus der Geschichte und ihrer Unterstützung des Kampfes herleiten oder aus ihrem Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die die Regierung geerbt hat. Es gibt keinen Endpunkt wie beim Befreiungskampf, der nach dem Sieg in der Übernahme der Regierungsgewalt durch die ehemaligen Kämpfer gipfelte.

Die eindimensionale Konzentration von Macht und Prioritäten, die im Kampf erforderlich war, führt zu einer beschränkten und engstirnigen Sichtweise auf die vielfältigen Herausforderungen der Staatsführung. Während Meinungsverschiedenheiten zuvor problemlos als mangelnde Loyalität oder sogar Verrat abgetan werden konnten, erfordert eine effektive Staatsführung die Hinterfragung bestimmter Einstellungen, wodurch Fehler entdeckt und korrigiert werden und Gruppierungen mit legitimen Interessen und Beschwerden in den politischen Prozess einbezogen werden können. Flexibilität muss an die Stelle von Unnachgiebigkeit treten.

**Ein nahe liegender Grund für Gegensätze ist, dass einige bereit sind, die Regierungsherausforderungen pragmatisch anzugehen, während andere den ideologischen Zielen stärker verpflichtet sind, die mit dem Kampf verfolgt wurden.**

Zu alledem bietet der Übergang vom Befreiungskampf zur Regierungsverantwortung neue Anlässe für Meinungsverschiedenheiten und Unstimmigkeiten, die zuvor unterdrückt oder im Verborgenen gehalten wurden. Mitglieder der Bewegung, die zur gemeinsamen Erreichung des Sieges problemlos an einem Strang ziehen konnten, haben unter Umständen gänzlich unterschiedliche Auffassungen darüber, was mit dem Sieg eigentlich erreicht werden sollte, was oft recht bald im Anschluss daran deutlich wird. Ein nahe liegender Grund für Gegensätze ist, dass einige bereit sind, die Regierungsherausforderungen pragmatisch anzugehen, während andere den ideologischen Zielen stärker verpflichtet sind, die mit dem Kampf verfolgt wurden.

Dies kann im Gegenzug auch leicht mit Rivalitäten zwischen „Insidern“ in Verbindung gebracht werden, die wichtige leitende Funktionen in der neuen Regierung übernehmen

konnten, und „Outsidern“, denen es nicht gelungen ist, eine so prominente Rolle einzunehmen, wie sie es erwartet haben oder es ihnen nach eigener Auffassung zusteht. Erstere werden von ihren Gegnern gerne als Opportunisten bezeichnet, letztere als Radikale oder sogar als subversive Elemente. Ein fast durchgängig anzutreffendes Muster ist die Stärkung des obersten Führers auf Kosten anderer führender Persönlichkeiten innerhalb der Bewegung.

Doch auch wenn es einen unumstrittenen Anführer gibt (meines Wissens gibt es keine Frau, die jemals diese Rolle eingenommen hätte), wird dieser während des Kampfes die Bewegung gemeinsam mit einer Gruppe altgedienter Offiziere führen, die unter Umständen sehr große Verantwortung tragen mussten, zum Beispiel an der militärischen oder diplomatischen Front. Nach dem Sieg, wenn der oberste Anführer die Funktion des Staatsoberhaupts übernimmt, geraten seine ehemaligen Weggefährten in die Rolle von Untergebenen und es kommt zu einem mehr oder weniger offensichtlichen Selektionsprozess, wenn sie in weniger einflussreiche Positionen abgeschoben oder alleinstamt fallen gelassen werden, um einer neuen Gruppe von Gefolgsleuten Platz zu machen, die dem Anführer nahe stehen und Schlüsselpositionen von seinen Gnaden einnehmen (ohne jedoch über die gleiche Legitimation durch ihre Teilnahme am Kampf zu verfügen).

Schließlich gibt es auch die Erfordernis, Personen einzubeziehen, die überhaupt nicht an dem Kampf beteiligt, sondern im Gegenteil Mitglieder des Staatsapparats waren, gegen den sich der Kampf gerichtet hatte. In manchen Fällen – mit Eritrea, wie so oft, als Extrembeispiel – übernehmen die Befreier den gesamten Staat und verjagen alle verbliebenen Vertreter des alten Regimes. In anderen wiederum – wie im Fall des gleichzeitigen Siegs der TPLF in Äthiopien – gewinnt die Bewegung zwar in militärischer Hinsicht den Kampf, sie übernimmt anschließend aber einen bestehenden Staatsapparat, mit dem sie zusammenarbeiten muss. Wieder in anderen – so in Simbabwe oder Südafrika – wird kein direkter militärischer Sieg erzielt, doch das alte Regime räumt seine Niederlage ein, auch wenn es genügend Macht behält, um eine friedliche Machtübergabe unter zuvor vereinbarten Bedingungen auszuhandeln. In

**Manchmal gewinnt die Bewegung zwar in militärischer Hinsicht den Kampf, sie übernimmt anschließend aber einen bestehenden Staatsapparat, mit dem sie zusammenarbeiten muss.**

den beiden letztgenannten Fällen bleiben umfangreiche Teile der alten Strukturen erhalten, in erster Linie was den Staatsapparat (einschließlich der Sicherheitskräfte) und die am höchsten entwickelten Bereiche der nationalen Wirtschaft angeht, die für das öffentliche Leben von entscheidender Bedeutung sind und sich um eine Art von Deal mit dem neuen Regime bemühen.

Eine an die Macht gelangte Befreiungsbewegung muss erkennen, wie wichtig ein ausgebildeter und gut funktionierender Beamtenapparat ist, mit dessen Hilfe die Programme umgesetzt werden können, die die eigentliche Grundlage der „Befreiung“ für die Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Der Beamtenapparat selbst, so sehr er auch in seiner Grundeinstellung und Zusammensetzung den Charakter des alten Regimes widerspiegelt, hat ein ganz persönliches Interesse daran, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, um seinen Erhalt zu sichern. Die Grundlage der Vereinbarung ist somit klar, auch wenn auf beiden Seiten noch ein gewisses Misstrauen vorherrschen mag. Ein heikles Problem für die neue Regierung besteht darin, dass Personen, die kritische politische Entscheidungen treffen müssen und dabei zwangsläufig mit der Schwierigkeit konfrontiert werden, praktische Problemlösungen zu finden, die der grob vereinfachenden Rhetorik im Befreiungskampf nicht gerecht werden können, häufig beschuldigt werden, sich den Partikularinteressen der Regierungsmaschinerie zu beugen und ihre ursprünglichen Ideale zu verraten.

**Jede Regierung, die im Anschluss an einen Befreiungskrieg an die Macht kommt, ist mit Stabilisierung und Wiederaufbau befasst. Gleichzeitig ist sie dem Druck ihrer eigenen Anhänger ausgesetzt.**

Vergleichbare und unter Umständen sogar schwer wiegendere Probleme ergeben sich im Bereich der Wirtschaftspolitik. Jede neue Regierung, die im Anschluss an einen langjährigen Befreiungskrieg an die Macht kommt, sieht sich der Herausforderung der Stabilisierung und des Wiederaufbaus gegenüber. Gleichzeitig ist sie dem Druck ihrer eigenen Anhänger ausgesetzt, die von ihr fordern, die mit der Befreiung verknüpften Erwartungen einzulösen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung für die Regierung, die produktiven Schlüsselsektoren der Wirtschaft in Gang zu halten, damit diese das Land sowohl mit Steuereinnahmen als auch mit einem Großteil der dringend benötigten Arbeitsplätze versorgen. Führende Geschäftsleute und Beamte schließen für gewöhnlich recht schnell ihren Frieden

mit dem neuen Regime, da ihre Geschäfte von guten Beziehungen mit der Regierung abhängig sind.

Bei den frühen Befreiungsbewegungen schienen „sozialistische“ Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung eine gangbare Alternative zu den „kapitalistischen“ Gegenmodellen zu sein, und die vollständige Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren galt als nahe liegende Option, doch dieser Ansatz erwies sich so gut wie nie als erfolgreich und wird mittlerweile kaum noch verfolgt. Dennoch können die vom Vorgängerregime übernommenen Wirtschaftsstrukturen unter Umständen den Zielsetzungen der Bewegung widersprechen, ganz besonders, wenn diese eine staatliche Kontrolle der Ackerfläche umfassen, was für die landwirtschaftliche Bevölkerung, die während des Kampfes wesentliche Unterstützung geleistet

hat, eines der gravierendsten Probleme darstellt. In anderen Sektoren, vor allem Bergbau und Industrie, dürften Forderungen organisierter Arbeiterbewegungen laut werden, auf deren Rückhalt die Bewegung ebenfalls

**In den Sektoren Bergbau und Industrie dürften nach der Befreiung vor allem Forderungen organisierter Arbeiterbewegungen laut werden, auf deren Rückhalt die Bewegung ebenfalls bauen konnte.**

bauen konnte. Wieder in anderen Sektoren, hier vor allem im Finanzsektor, sehen sich die neu ernannten Minister mit Fragestellungen konfrontiert, die gänzlich außerhalb ihrer Erfahrungen liegen, die sie während des Kampfs gesammelt haben, und die sie ganz besonders abhängig von externen Beratern machen. Aus diesen Gründen ist es wenig überraschend, dass die Wirtschaftspolitik in der Zeit nach der Befreiung besonders sorgfältiger Entscheidungen bedarf.

## **WAS KOMMT NACH DER BEFREIUNG?**

Wenn die Zeit nach der Befreiung sich nach und nach auf Jahrzehnte summiert und die Erinnerung an den magischen Moment allmählich in Vergessenheit gerät, ergeben sich ganz neue Herausforderungen. Während der Kampf für die regierenden Veteranen eine noch immer sehr plastische Legitimierungsgrundlage darstellt, ist er für den Großteil der Bevölkerung ein rasch schwindender Bonus. Die in vielerlei Hinsicht wichtigste Herausforderung für die Bewegung ist es nun, den Rückhalt, den die Bevölkerung ihr bei der Machtergreifung gab, so weit wie möglich aufrechtzuerhalten, während sie die alltäglichen Aufgaben der

Staatsführung bewältigen und sich im Rahmen ihrer Arbeit mit Zwängen arrangieren muss, die vor allem mit der globalen Wirtschaft zu tun haben und während des Kampfs nicht offensichtlich waren. So werden fast zwangsläufig viele der unvernünftig hohen Erwartungen, die von der Bevölkerung an den Sieg geknüpft und von den Mitgliedern der Bewegung auch aus Überzeugung geschürt worden waren, von den Realitäten der alltäglichen Amtsführung und von der schieren Unmöglichkeit, die Veränderungen im versprochenen Umfang umzusetzen, enttäuscht.

Angesichts der Tatsache, dass das Regime nun die Kontrolle über den gesamten staatlichen Machtapparat besitzt, nachdem es ihn während des Kampfes zuvor bekämpft hatte, unterliegt es nun einer großen Versuchung, die durch die Einbindung ehemaliger Kämpfer in die Sicherheitskräfte erhöht und legitimiert wird: Abweichende Meinungen zu unterdrücken, denen es angesichts des Gefühls der durch den Kampf verliehenen Legitimität und des Anspruchs auf Volksvertretung keinen echten Rückhalt in der Bevölkerung zubilligt.

**Es ist entscheidend, Mechanismen zu entwickeln, die es ermöglichen, kritischen Stimmen aus dem Volk Gehör zu verschaffen, auch wenn diese den Einstellungen der regierenden Befreiungskämpfer zuwiderlaufen.**

Das Vertrauen auf die Unterstützung der Bevölkerung kann erschreckend schnell dem Vertrauen in die organisierte Staatsmacht weichen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, Mechanismen zu entwickeln, die

es ermöglichen, kritischen Stimmen aus dem Volk Gehör zu verschaffen, auch wenn diese den Einstellungen der regierenden Befreiungskämpfer zuwiderlaufen. Dies ist umso schwieriger, als diese Einstellungen durch das Umfeld des Kampfes geformt wurden, in dem Disziplin und Gehorsam zwangsläufig Vorrang vor demokratischen Vorgehensweisen besaßen: Von Bewegungen, die ursprünglich nicht aus sich heraus demokratisch waren, kann – ungeachtet der darin verkörperten Hoffnungen des Volks – kaum erwartet werden, dass sie die demokratische Entwicklung vorantreiben.

Diese Anforderung ist umso größer, als die afrikanischen Gesellschaften einen raschen Generationswechsel durchlaufen. Hohe Geburtenraten und eine entsprechend junge Bevölkerung haben zur Folge, dass ein Großteil der Menschen im Lande schon nach wenigen Jahrzehnten keine

persönliche Erinnerung mehr an den Befreiungskampf hat und dass Aufrufe von Mitgliedern der Regierungspartei, sich ihrer heroischen Taten zu entsinnen, auf taube Ohren treffen. In manchen Fällen, wie beispielsweise beim nationalen Wehrdienst in Eritrea, wurde von der regierenden Partei gezielt versucht, die junge Generation mit den Werten der Vorgängergeneration – Kampf, Disziplin und Engagement für die Sache – zu indoktrinieren. Doch so sehr man sich auch anstrengen mag – die Situation nach der Befreiung unterscheidet sich derart von den Erfahrungen der Veteranen, dass dieses Ziel fast unmöglich zu erreichen ist.

An die Stelle symbolischer und sehnsuchtsgeladener Ideale der Befreiung muss das Regime daher greifbare materielle Vorteile treten lassen, was wieder einmal die bereits festgestellten Unterschiede zwischen den relativ klar gefassten Zielen des Kampfes und den weitaus komplexeren Anforderungen an Entwicklung und Staatsführung in Friedenszeiten deutlich macht. War zum Zeitpunkt der Machtübernahme die unmittelbare Notwendigkeit gegeben, Allianzen zwischen der Befreiungsbewegung und etablierten Interessengruppen zu schmieden – vor allem im Beamtenapparat und in der Wirtschaft, um deren Unterstützung für einen reibungslosen Übergang und eine Aufrechterhaltung der produktiven Basis zu gewährleisten, von deren Dienstleistungen die Bevölkerung abhängt, besteht im Laufe der Zeit die Gefahr, dass diese Allianzen eher zu eng als zu locker werden. Post-Befreiungs-Regime werden sehr leicht zu Ständestaaten, in denen ein Kader ehemaliger Anführer des Befreiungskampfs sich mit den etablierten Interessengruppen verbündet, um einen monolithischen Machtblock zu bilden, der nur seinen eigenen Mitgliedern dient und für die Bedürfnisse und Ansprüche der einfachen Bevölkerung taub ist. In Ländern wie Angola, wo das Erdöl oder andere leicht zu vermarktende Ressourcen für einen enormen Reichtum sorgen, ist die Zahl der Günstlinge groß genug, um diese Gruppe vor allen möglichen Anfeindungen zu bewahren.

**Post-Befreiungs-Regime werden sehr leicht zu Ständestaaten, in denen sich ein monolithischer Machtblock bildet, der nur seinen Mitgliedern dient und für die Bedürfnisse der einfachen Bevölkerung taub ist.**

In anderen Fällen wie Simbabwe zerbricht die ursprüngliche Allianz, wenn die politische Elite alle produktiven Strukturen an sich reißt und weitgehend zugrunde richtet, die für die breite Bevölkerung die Versorgung mit Nahrung,

Waren und Arbeitsplätzen sicherstellen sollen. Die genauen Umstände, unter denen die regierenden Eliten der Wirtschaft Ressourcen entziehen, unterscheiden sich im Einzelfall. Im einfachsten Fall liegt offensichtliche Bestechung vor – stets ein sehr sensibler Indikator dafür, wie sehr eine ehemalige Befreiungsbewegung ihren ursprünglichen Idealen treu geblieben ist. In Wirtschaftssystemen, die bereits eine starke kapitalistische Tendenz haben, gründen ehemalige Kämpfer ihre eigenen Unternehmen in Sektoren, die für politische Gunstbezeugungen besonders empfänglich sind, oder aber von bestehenden

**Obwohl so genannte „parteistaatliche“ Unternehmen formell mit den unabhängigen Privatunternehmen konkurrieren, genießen sie de facto aufgrund ihrer Regierungsnähe umfangreiche Vorteile.**

Unternehmen als Partner gewählt werden, um gute Beziehungen zum Regime aufrechtzuerhalten. In anderen Fällen werden verstaatlichte Industrien von ehemaligen Anführern des Befreiungskampfs geleitet, oder aber es werden „parteistaatliche“ Unternehmen gegründet, die sich im Besitz der Regierungspartei befinden und von dieser geführt werden. Obwohl sie formell mit den unabhängigen Privatunternehmen konkurrieren, genießen diese dann aufgrund ihrer Regierungsnähe umfangreiche Vorteile. Auch wenn solche Unternehmen formell das Ziel verfolgen, Dienstleistungen für ältere und behinderte Kämpfer zu erbringen, verwandeln sie sich doch allzu rasch in Instrumente der Günstlingswirtschaft.

Ein Führungswechsel wird auch dadurch erschwert, dass die Anführer von Befreiungsbewegungen oft in noch jungen Jahren an die Macht gelangen. Es gibt nur wenige Beispiele für Staatsführer, die sich nach einer oder maximal zwei Amtszeiten freiwillig zurückziehen. Streng genommen gibt es sogar nur einen einzigen: Nelson Mandela in Südafrika, der nicht nur bereits betagt war, als er an die Macht kam, sondern (aufgrund seines langjährigen Gefängnisarrests) in der Zeit unmittelbar davor nicht direkt in den Kampf involviert war. Ganz unabhängig von seinen persönlichen Vorzügen mag es für ihn leichter gewesen sein, sich vom Amt zurückzuziehen als für einen Befreiungskämpfer, der (wie die meisten) vom Anführer der Befreiungsbewegung direkt zum Staatsführer geworden ist. In den übrigen Fällen blieben die Staatsführer 30 Jahre oder länger an der Macht – lange über den Zeitpunkt hinaus, an dem ein wenig frischer Wind erforderlich gewesen wäre. In Kuba, um ein Beispiel außerhalb Afrikas zu nennen, halten sich

die Anführer der Befreiungsbewegung sogar schon seit mehr als einem halben Jahrhundert auf der politischen Bühne.

Für diese privilegierten Kader ist es zudem kein Problem, für eigenen Nachwuchs zu sorgen, seien es Protegés oder Familienmitglieder, die bevorzugten Zugang zu Top-Positionen erhalten. So spielen in China, dem ältesten noch bestehenden Befreiungsregime, die Kinder und sogar die Enkel von Mao Zedongs Weggefährten auf dem „Langen Marsch“ eine führende Rolle in der Kommunistischen Partei, und vergleichbare Entwicklungen lassen sich auch in Afrika beobachten.

## FAZIT

Befreiungsbewegungen laufen selten unmittelbar Gefahr, gestürzt zu werden, wenn sie einmal an die Macht gelangt sind. Nicht nur ihr Sieg, sondern auch die landesweite Erleichterung über das Ende des Konflikts sowie die Auflösung und Demoralisierung der

**Nicht nur der Sieg einer Befreiungsbewegung, sondern auch die landesweite Erleichterung über das Ende des Konflikts sowie die Auflösung der Kampftruppen sind fast eine Garantie für eine lange Amtszeit.**

Kampftruppen der ehemaligen politischen Gegner sind fast so etwas wie eine Garantie für eine lange Amtszeit. In einigen Fällen, von denen Südsudan sicherlich das bei Weitem prominenteste Beispiel ist, müssen nach dem Sieg zunächst umfangreiche Probleme der staatlichen Konsolidierung gelöst werden, die zwangsläufig Vorrang besitzen. Die meisten afrikanischen Befreiungsbewegungen, vor allem diejenigen, die in den fünfzehn Jahren zwischen 1980 und 1995 erfolgreich waren, nämlich Simbabwe (1980), Uganda (1986), Namibia (1990), Eritrea, Äthiopien und Somaliland (1991) sowie Ruanda und Südafrika (1994), können mittlerweile auf die Erfahrung einer Generation zurückblicken. Nur in einem dieser Länder, Somaliland, löste sich die Befreiungsbewegung nach der Erreichung ihres Ziels eines von der zusammengebrochenen Republik Somalia unabhängigen Staatswesens auf. Nur dort konnte im Rahmen freier Wahlen ein Oppositionsführer durch allgemeine Wahlen friedlich die Amtsgeschäfte von seinem Vorgänger übernehmen. In zwei weiteren Ländern, Namibia und Südafrika, zog sich das Staatsoberhaupt freiwillig zurück und wurde durch ein anderes Staatsoberhaupt ersetzt, das ebenfalls Mitglied der Befreiungspartei war – ein

Prozess, der sich in Südafrika mit der Nachfolge Mandelas durch Mbeki und der Nachfolge Mbekis durch Zuma bereits zweimal wiederholt hat.<sup>3</sup> Ein weiteres Staatsoberhaupt, Meles Zenawi in Äthiopien, starb im Amt und wurde von seinem Stellvertreter, Haile-Mariam Desalegn, abgelöst, der ungewöhnlicherweise in keiner Form am Befreiungskampf beteiligt gewesen war. Andernorts sind die ursprünglichen Staatsoberhäupter noch immer im Amt, selbst nach 32 Jahren wie in Simbabwe oder nach 26 Jahren wie in Uganda.

Die Bedrohungen, denen sich diese Bewegungen gegenübersehen, sind entsprechend weniger offensichtlich und kommen in allererster Linie von innen: von der Art der Bewegung an sich und den (für gewöhnlich höchst idealisierten) Vorstellungen, die sie von sich selbst hat. Es handelt sich um Organisationen, die sich als die Verkörperung des Staates betrachten, den sie durch ihren Kampf zu verwirklichen suchten. In ihrer Vorstellung besitzen sie das Recht, die Regierung dauerhaft zu führen. Innere Spaltungen und nationale Oppositionsbewegungen deuten sie

**Innere Spaltungen deuten die Bewegungen nicht als Signale, dass sie nicht länger willkommen sind, sondern sie behandeln diese als Gefahr für die gerechte Ordnung.**

nicht als Signale, dass sie nicht länger willkommen sind, sondern sie behandeln diese als Gefahr für die gerechte Ordnung, die sie selbst darstellen, und somit als Vorwand, um weiter an der Macht zu bleiben. Doch irgendwann ist der Bonus der Befreiung aufgezehrt, in den Augen eines Großteils der Bevölkerung meist deutlich früher, als es die Regierenden zu erkennen vermögen. Schon bald kommt der Augenblick, in dem das Regime nicht mehr länger anhand seiner Versprechungen, sondern seiner Leistungen beurteilt wird. Und wenn es sich bis dahin nur darum gekümmert hat, einigen Günstlingen eine privilegierte Stellung zu verschaffen und damit an seine vertriebenen Vorgänger erinnert, dürfte dieses Urteil ausgesprochen hart ausfallen.

Die jüngsten Arbeiterunruhen in Südafrika, vor allem die tragischen Ereignisse in Marikana im August 2012, die in der Erschießung dutzender streikender Bergarbeiter durch

3 | Es ist anzumerken, dass der namibische Präsident Sam Nujoma fünfzehn Jahre im Amt war und die Verfassung ändern ließ, um eine dritte Amtszeit absolvieren zu können, während Nelson Mandela nur für fünf Jahre im Amt war, bevor er sich als Präsident zurückzog.

die Polizei gipfelten, können sehr wohl als Warnsignal an den ANC verstanden werden, dass seine Zeit bald gekommen sein könnte. Allerdings haben auch andernorts Regierungen derartige Erschütterungen überlebt und Regimes zutage befördert, die nicht mehr wirklich als „Bewegungen“ bezeichnet werden können, sondern in einen Zustand der Starre verfallen sind, in dem ehemalige Kämpfer sich nur noch als selbstgefällige Nutznießer der Staatsmacht gerieren. Angesichts der permanenten Krise der afrikanischen Jugend ist dies eine sehr gefährliche Situation, in der Rufe nach einer erneuten „Befreiung“ durch eine neue Generation politischer oder sogar religiöser Demagogen laut zu werden drohen. In manchen Fällen, mit Äthiopien und Ruanda als hervorstechenden Beispielen, haben die ehemaligen Befreier versucht, ihre Länder als „Entwicklungsstaaten“ neu zu definieren und damit asiatische Vorbilder nachzuahmen. Dazu verfolgen sie das Ziel eines dem raschen wirtschaftlichen Wachstum verpflichteten starken Staats, der für öffentliche Ordnung, Infrastruktur und andere grundlegende Dienstleistungen sorgt und gleichzeitig versucht, günstige Bedingungen für Investitionen im privaten Sektor zu schaffen. Dies hat aus Sicht der Bewegung den großen Vorteil, dass deren zentrale Rolle weiterhin gesichert wird, während gleichzeitig im Erfolgsfall die Forderungen des Volkes nach Beschäftigung und staatlicher Wohlfahrt erfüllt werden können.

**In manchen Fällen, mit Äthiopien und Ruanda als hervorstechenden Beispielen, haben die ehemaligen Befreier versucht, ihre Länder als „Entwicklungsstaaten“ neu zu definieren und damit asiatische Vorbilder nachzuahmen.**

Dies gestattet auch Unternehmen im Staats- oder Parteibesitz bzw. mit dem Regime verbundenen „kapitalistischen Spießgesellen“, sich weiter geschäftlich zu betätigen und den Punkt hinauszuzögern, an dem die Rufe gegen die ausgedehnte Amtszeit der Regierung überlaut werden. Ob dies eine Grundlage zur Überwindung sozialer Spaltungen sein kann, die so tief sind wie in Ruanda, ist allerdings mehr als fraglich, während Äthiopien hierfür ein deutlich günstigeres Klima bietet. Beide Länder haben sich auch ausdrücklich um Strategien für eine nationale Integration bemüht, wenngleich in paradox unterschiedlicher Weise: In Ruanda geschah dies durch die ausdrückliche Nichtanerkennung der historischen Ethnien des Landes – Hutu, Tutsi und Twa –, während in Äthiopien für die ausdrückliche Anerkennung solcher Ethnien innerhalb eines sprachbasierten

föderalen Systems optiert wurde. In jedem Fall – und hier ist das Beispiel Namibia zu nennen – ist es wichtig, sicherzustellen, dass Strategien für die nationale Integration und Versöhnung stets ganz oben auf der Tagesordnung der Regierung stehen und nicht nur vorübergehende Mittel zum Zweck sind, um den Machtübergang möglichst reibungslos zu gestalten.

Wenn die Erinnerung an die Befreiung in weite Ferne gerückt ist, kann man bestenfalls darauf hoffen, dass es der Bewegung gelungen ist, eine ausreichende Grundlage für nationale Identität und Integration zu schaffen, um sich als aktive politische Kraft zurückzuziehen und das Feld gegnerischen politischen Parteien zu überlassen, die aus Splittergruppen der ursprünglichen Bewegung oder aufgrund einer wachsenden Toleranz gegenüber ehemals geächteten

Gegnern entstanden sein mögen, die nun als legitime Teilnehmer am politischen Prozess anerkannt werden. Ghana, einst einer der Vorreiter der afrikanischen Befreiungspolitik, wengleich mit einer gewaltfreien nationalistischen Partei, ist mittlerweile – nach einer

**Ghana, einst einer der Vorreiter der afrikanischen Befreiungspolitik, wengleich mit einer gewaltfreien nationalistischen Partei, ist mittlerweile zum wohl stabilsten Mehrparteiensystem des Kontinents geworden.**

allzu langen Zeit der Militärdiktatur – zum wohl stabilsten Mehrparteiensystem des Kontinents geworden. Tansania, das immer noch von der (mittlerweile in die CCM umgewandelte) TANU geführt wird, die das Land in die Unabhängigkeit führte, scheint Wege gefunden zu haben, die eine friedliche politische Interaktion auch nach dem Ende der eigentlichen Bewegung ermöglichen können. Angola und Mosambik, zwei der jüngsten afrikanischen Staaten, die ihre Unabhängigkeit im bewaffneten Kampf errungen haben, werden noch immer von ihren ursprünglichen Befreiungsparteien angeführt, doch unter Bedingungen, die den Mitgliedern rivalisierender Bewegungen, die einst an dem brutalen Kampf gegen das Regime beteiligt waren, zumindest eine gewisse politische Rolle einräumen. In Südafrika haben langjährige Konventionen für die demokratische und parlamentarische Arbeit – auch wenn sie früher nur von der herrschenden Minderheit in Anspruch genommen wurden – durch den Übergang zu einer Mehrheitsregierung an Stärke gewonnen und gewährleisten auch weiterhin ein Maß an Offenheit, das die monopolistischen Tendenzen beschränkt, zu denen Befreiungsbewegungen in anderen Ländern neigen. Der Weg in die Freiheit ist lang, doch er

bietet die Möglichkeit, die im Kampf angestrebten Ziele einerseits und die Notwendigkeit einer stabilen und zuverlässigen Staatsführung andererseits miteinander zu verbinden.

Dieser Artikel erschien auf Englisch als *Discussion Paper 8/2012* der Brenthurst Foundation mit dem Titel: „From Liberation Movement to Government – Past legacies and the challenge of transition in Africa“.